

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik

11011 Berlin

Telefon 030 227-77594

Telefax 030 227-76594

roderich.kiesewetter@bundestag.de

Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:

Wellandstraße 58

73434 Aalen

Telefon 07361 5249 201

Telefax 07361 5249 202

roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de



Kiesewetter kompakt 06/2011

Wir machen den Euro und Europa zukunftsfähig – Persönliche Notizen

Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 24./25. März in Brüssel

Die Stabilität des Euro hat für Bundeskanzlerin Angela Merkel äußerste Priorität. Sie stellte dem Deutschen Bundestag in einer Regierungserklärung zum Treffen der Staats- und Regierungschefs vom 24./25. März in Brüssel das Gesamtpaket zur Sicherung der Währungsunion vor. Worum geht es: Der bestehende Euro-Rettungsschirm (EFSF) soll ab 2013 durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) abgelöst werden. Der ESM wird sich aus einem Kapitalstock und Garantien der Mitgliedsländer zusammensetzen. Die Euro-Länder zahlen 80 Mrd € ein, wovon Deutschland knapp 22 Mrd € beisteuert, davon sind 11 Mrd € bereits dieses Jahr einzubringen. Zu den Kapitalleistungen kommen Garantien über insgesamt 620 Mrd €. Der Fonds kann damit voraussichtlich 500 Mrd € verleihen und erhält das begehrte beste Rating AAA. Der Aufbau des Kapitalstocks soll auf fünf Jahre verteilt werden. Mit dem ESM werde für den Euro ein tragfähiges Rettungsnetz für den äußersten Notfall geknüpft. Die Bundeskanzlerin begründete die Anstrengungen der Bundesregierung für den ESM, indem sie die Bedeutung des Euro hervorhob: „Deutschland profitiert vom Euro wie kaum ein anderes Land in der EU“, betonte sie. Die ge-

meinsame Währung sorgt für Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen in Deutschland. Sowohl aus politischen wie aus wirtschaftlichen Gründen ist die Wirtschafts- und Währungsunion unverzichtbar. Wie wichtig der Euro für die deutsche Wirtschaft ist, machte die Bundeskanzlerin anhand einer bemerkenswerten Zahl deutlich: In der Zeit von 1999 bis 2009 erhöhten sich die deutschen Exporte in die Euro-Zone um 48 Prozent. Als einen weiteren Garantien für die Stabilität machte Merkel die unabhängige Europäische Zentralbank aus. Sie gab sich rückblickend davon überzeugt, dass Deutschland deutlich stärker von der Finanz- und Wirtschaftskrise getroffen worden wäre, wenn man nicht die Gemeinschaftswährung gehabt hätte. Der Euro hat aber auch eine politische Dimension: Er ist laut Merkel Ausdruck der engen Verbundenheit und Verflechtung in der EU. Die Mitglieder der Wirtschafts- und Währungsunion bilden eine Verantwortungsgemeinschaft, in der jeder Einzelne zu Eigenverantwortung und Solidarität verpflichtet ist. Mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen stellen die Euro-Länder sicher, dass die gemeinsame Währung stark bleibt – und ziehen damit die Lehren aus der Schuldenkrise. Die Europäische Union baut sich jetzt mit dem ESM ein Rahmenwerk, damit das, was in der Vergangenheit passiert ist, sich nicht wiederholen kann. Die Beschlüsse sind allerdings nur dann

wirksam, wenn die Mitgliedstaaten bereit sind, sie in der Zukunft auch tatsächlich einzuhalten, hob die Kanzlerin hervor. Konkret wird es Änderungen geben, wenn die Maastricht-Kriterien von einem Euro-Mitgliedstaat nicht eingehalten werden. Die Überschreitung des Drei-Prozent-Limits für die jährliche Neuverschuldung führt dazu, dass diese Staaten früher und schneller bestraft werden. Auch die Überschreitung der Gesamtverschuldungsgrenze, die bei 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegt, wird in Zukunft zu Sanktionen führen können. Davon wird auch Deutschland betroffen sein. Von exorbitanten Schuldenständen einiger Mitgliedsländer gehen große Gefahren für die Stabilität des Euro insgesamt aus, wie die Vergangenheit gezeigt hat, warnte die Kanzlerin. Deshalb ist es notwendig, alle Mitgliedstaaten zu stärkeren Anstrengungen zu verpflichten. Gemeinsame europäische Anleihen lehnt Merkel für die Bundesregierung erneut ab. Es werde mit der christlich-liberalen Koalition keine Vergemeinschaftung von Schulden in Europa geben. Wer solche Forderungen erhebt, handelt nicht im Interesse der deutschen Steuerzahler. „Es wird also weder regelmäßige noch dauerhafte Transferleistungen geben“, sagte sie.

Weitere Themen des Europäischen Rates

Neben den bereits beschriebenen Verhandlungen zur Ausgestaltung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) kündigte die Bundeskanzlerin im Deutschen Bundestag an, dass der Gipfel sich sowohl mit der Situation in Libyen als auch mit Konsequenzen aus der Reaktor-Katastrophe in Japan beschäftigt. „Die Umbrüche im arabischen Raum werden das Gesicht der Region und der Welt verändern“, gab sich Merkel überzeugt. Die Bundesregierung setzt sich für ein komplettes Öl-embargo und weitreichende Handelsbeschränkungen gegen Libyen ein. Darüber hinaus unterstützt sie die Initiative von EU-Kommissar Günther Oettinger für einen europäischen Stresstest aller Kernkraftwerke.

Deutschland: verlässlicher Bündnispartner

In der vergangenen Woche hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit der Resolution 1973 militärische Maßnahmen zum

Schutz der libyschen Zivilbevölkerung autorisiert. Die Unionsfraktion hat in dieser Woche im Deutschen Bundestag die politischen Ziele der Vereinten Nationen, die durch diese Resolution zum Ausdruck kommen, ausdrücklich unterstützt. Deutschland wird sich allerdings nicht mit eigenen Soldaten an der Umsetzung des Mandats beteiligen. Dafür entlastet Deutschland seine NATO-Partner mit zusätzlichen Kapazitäten für den Einsatz in Afghanistan. Über den Antrag der Bundesregierung zur „Beteiligung deutscher Streitkräfte am Einsatz von NATO-AWACS im Rahmen der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (International Security Assistance Force, ISAF) in Afghanistan unter Führung der NATO“ hat der Deutsche Bundestag in dieser Woche in erster und in abschließender Lesung beraten und namentlich abgestimmt. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen wurde das Mandat verabschiedet, mit dem die Beteiligung von 300 deutschen Soldaten an AWACS-Missionen zur Überwachung des afghanischen Luftraums möglich wird. Das ist zur Regelung des in den vergangenen Jahren stark angestiegenen zivilen Luftverkehrs notwendig, aber auch zur Unterstützung von Operationen von ISAF-geführten Bodenkräften. Trotz dieser zusätzlichen Unterstützung, die auch zum Ziel hat, Deutschlands Verbündete für ihren Einsatz in Libyen zu entlasten, bleibt die Bundesregierung aber dabei, nicht mehr als 5.350 Soldaten in Afghanistan einzusetzen.

Aussetzung der Wehrpflicht

In dieser Woche beschloss der Deutsche Bundestag die Aussetzung der Wehrpflicht. Weil sich die sicherheitspolitische Lage verändert hat, wird die Bundeswehr neu ausgerichtet. Die gesetzliche Verpflichtung zur Wehrdienstleistung nach dem Wehrpflichtgesetz außerhalb des Spannungs- oder Verteidigungsfalls wird ausgesetzt und der freiwillige Wehrdienst fortentwickelt. Ziel ist ein Anteil von bis zu 15.000 freiwillig Wehrdienstleistenden, die auch im Auslandseinsatz eingesetzt werden können, wenn sie mindestens zwölf Monate dienen. Zur Überbrückung personeller Engpässe wird es künftig möglich sein, Verpflichtungsprämien für Mannschaftssoldaten aller Statusgruppen als finanziellen Anreiz zu zahlen.

Einführung des Bundesfreiwilligendienstes

Die Aussetzung der Wehrpflicht führt auch zur Aussetzung des Zivildienstes. Die Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes „**Tu was für Dein Land – Tu was für Dich**“ schafft künftig für alle Bürgerinnen und Bürger ein zusätzliches Angebot, das Gemeinwesen mitzugestalten und sich bürgerschaftlich zu engagieren. Der Bundesfreiwilligendienst wird Männern und Frauen jeden Alters nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht offen stehen. Der Einsatz im Bundesfreiwilligendienst soll in der Regel zwölf, mindestens sechs und höchstens 24 Monate dauern. Parallel zur Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes werden die Länder beim Ausbau der heute schon bestehenden Jugendfreiwilligendienste unterstützt und das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) sowie das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) noch intensiver gefördert. Die unterschiedlichen Konzepte und Formate der Freiwilligendienste sollen für die Freiwilligen gleich attraktiv sein.

Zitat

«Es ist das schönste Amt, das die CSU zu vergeben hat.»

(Gerda Hasselfeldt am Dienstag über ihr neues Amt als CSU-Landesgruppen-vorsitzende im Bundestag.)

Persönliche Notizen

1. Allgemeines

Unsere Bundesregierung hat in den letzten rund 14 Tagen sieben Kernkraftwerke abgeschaltet, eine Kriegsbeteiligung in Libyen abgelehnt sowie einen neuen Euro-Rettungsfonds über 500 Mrd € in engster Abstimmung mit den europäischen Partnern wesentlich günstiger als gedacht für die deutschen Steuerzahler gestaltet. - Wann je zuvor gab es eine solche Ereignisdichte und Grundrichtungsänderung in den letzten 20 Jahren deutscher Geschichte?

2. Wahlkreis

Am Freitag war ich zunächst beim Kreisschützenfest in Eglingen, wo alle Schützenvereine

im Kreis Heidenheim mit vielen Gästen auch aus dem Ostalbkreis über ihre weitere Verbandsarbeit berieten. Anschließend fuhr ich nach Tannhausen, 40 Jahre CDU Tannhausen (<http://bit.ly/fqB4JM>), der Abend hat gezeigt: unsere Partei ist lebendig, aktiv und angenehm konservativ. Und kann klasse organisieren ;-)! Der Samstag war Wahlkampf pur, gleich um halb acht morgens diskutierte ich am Marktplatzstand der CDU Ellwangen, den der dortige JU-Ortsvorsitzende hervorragend gestaltet hat. Anschließend ging es weiter nach Giengen, ebenso viele interessante Gespräche am CDU-Marktplatzstand. Den späten Vormittag verbrachte ich in Aalen, ein Marktplatzstand mit JU und CDU mitten im „Getümmel“. Ich glaube, ich war rund 1 1/2 Stunden in Dauergesprächen.

Am Nachmittag litten meine Frau und ich beim Lokal-Derby 1. FC Heidenheim - VfR Aalen (0:0) in Heidenheim mit den Spielern, die vergeblich für Tore kämpften. Am Sonntag genossen wir ein leckeres Mittagessen beim Schlachtfest der Freiwilligen Feuerwehr in Lauterburg, wo viele Familien großartig zum schönen Erfolg beitrugen. Kurzum: ein zu kurzes aber intensives Wochenende.

Nächste Woche treffe ich mich wieder zum Gedankenaustausch mit unseren Ortsvorstehern und Bürgermeistern zur "Heißen-Eisen-Liste". Am 29. März in Nattheim und am 1. April in Aalen. Hier sprechen wir wirklich „heiße Eisen“ an. Schwerpunkt dieses Mal sind Maßnahmen zur Stabilisierung des "ländlichen Raumes", wo wir uns engagieren müssen, dass in unserer Kraft mögliche zur "Abkühlung" zu leisten.

3. Berlin

Am Sonntagabend ging es dann im Auftrag meiner Fraktion weiter nach Tirana, wo ich die Erwartungen für einen EU-Beitritt in den nächsten Jahren deutlich zu dämpfen hatte. Habe gute Gespräche mit der Parlamentspräsidentin, der EU-Integrationsministerin, dem Innenminister sowie der Vorsitzenden des Europaausschusses geführt. Albanien hat noch viele Anstrengungen zu leisten, bis die EU-Reife erreicht ist. Aber das Land strengt sich an, in dem sich bekanntlich alles im Umbruch befindet.

Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten

Am Montagabend hatten wir die Präsidenten und Geschäftsführer zahlreicher Industrie- und Handelskammern aus Baden-Württemberg in unserer Landesgruppe zu Gast. Aus unserem Wahlkreis war Holger Kaufmann, Vorsitzender der Wirtschaftsunioren Baden-Württemberg mit dabei. Wir hatten spannende Vorträge zur Verkehrs-, Steuer- und Wettbewerbspolitik in unserem Land und darüber hinaus lange Gespräche bis tief in die Nacht. Da ich mich in der Fastenzeit des Alkohols enthalte, war das kein Problem ;-). Auch in dieser Woche gab es einige wichtige Entscheidungen und Informationen, die Aussetzung der Wehrpflicht zum 1. Juli, der AWACS-Einsatz in Afghanistan, die Nachbereitung der Entscheidung der Bundesregierung zum UN-Mandat hinsichtlich einer Flugverbotszone in Libyen

(<http://bit.ly/qRBr3w>) mittels einer Enthaltung zu unterstützen ;-), Informationen zur Verbesserung der Stabilität des Euro und Einiges mehr. Bezüglich der Schuldenkrise haben die zuständigen Fachgremien noch einmal den Grundsatz betont, dass jedes Land für die Schuldenentwicklung selbst zuständig ist. Darüber hinaus wird die Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch wirtschaftspolitische Koordinierung („Pakt für den Euro“) sowie die Überführung des Euro-Rettungsfonds in einen dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) begrüßt. Bei all diesen heißen Diskussionen fand ich es richtig angenehm, dass wieder eine topvorbereitete Schulklasse aus unserem Wahlkreis zu Besuch in Berlin war, Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse der Freien Evangelischen Schule Heidenheim. Wir haben sehr lebhaft diskutiert.

4. Wahlkampf

Der Endspurt steht an. Motivieren Sie Nachbarn, Freunde und Familie zur Wahl zu gehen! Morgen am Samstagvormittag werde ich weiter für ein gutes Ergebnis kämpfen: unterwegs bin ich an vielen Marktplatzständen. Mit einer hohen Wahlbeteiligung erreichen wir das beste Ergebnis für eine gute und erfolgreiche Zukunft unseres schönen Baden-Württembergs und unserer CDU: Verspielen wir sie nicht! Am Sonntagabend dann, werde ich zuerst in Heidenheim bei der CDU und der IHK sein

und dann den Abend in Aalen bei der CDU-Wahlparty im Roten Ochsen ausklingen lassen. Vielleicht sehen wir uns und können auf 40+X anstoßen!

Herzliche Grüße



Ihr und Euer Roderich Kiesewetter